

7.2 Soziale Polarisierung in den deutschen Städten

Marcel Helbig

Leibniz Institut für Bildungsverläufe (LIfBi) und Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)

WZB/SOEP

Die Region, in der ein Mensch lebt, kann seine Lebenschancen beeinflussen. Dies kann durch unterschiedliche infrastrukturelle Bedingungen, etwa im Gesundheits- oder Bildungsbereich, geschehen. Auch die Chancen auf dem Arbeitsmarkt sind regional ungleich verteilt. Darüber hinaus können aber auch kleinräumige sozialstrukturelle Unterschiede auf der Ebene von Stadtquartieren Lebenschancen verändern. Konzentrieren sich beispielsweise viele arme Kinder oder Kinder mit Migrationshintergrund in einem Stadtteil, so hat auch die Schule vor Ort größere Herausforderungen zu bewältigen. Die Kinder an einer solchen Schule haben oft größere Sprachdefizite, es kommt häufiger zu störendem Verhalten im Unterricht und in Zeiten des Lehrermangels fehlen hier oftmals Lehrkräfte.

Zu regionalen soziostrukturellen Disparitäten gibt es auf der Ebene der 400 deutschen Kreise und kreisfreien Städte eine Vielzahl von Untersuchungen. Auch für die knapp 11 000 deutschen Gemeinden beziehungsweise fast 5 000 Gemeindeverbände liegt eine Reihe von soziostrukturellen Analysen vor. Deutlich weniger Aufmerksamkeit wurde bisher kleinräumigen Analysen innerhalb der Städte geschenkt. Und das obwohl die sozialen Unterschiede bei der Armutsverteilung innerhalb von Städten weitaus größer sind als die Unterschiede zwischen verschiedenen Kreisen und Gemeinden.

Armut wird in diesem Kapitel über den Anteil von Personen (unter 65 Jahren) gemessen, die Transferleistungen aus dem Zweiten Buch des Sozialgesetzbuches (SGB II) erhalten. Eine einkommensbasierte Definition ist auf kleinräumiger Ebene nicht verfügbar. Die kreisspezifischen Unterschiede der SGB-II-Quoten betragen im Jahr 2022 maximal rund 23 Prozentpunkte. Den höchsten Wert wies dabei die kreisfreie Stadt Gelsenkirchen auf (24,4 %), den niedrigsten Wert der Kreis Pfaffenhoffen an der Ulm (1,3 %) (Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung [BBSR] 2023, siehe Info 1). Innerhalb der Städte variierten

die SGB-II-Quoten im gleichen Jahr deutlich stärker. In Essen, Erfurt und Duisburg waren auf Stadtteilebene Unterschiede von rund 35 Prozentpunkten, in Dortmund und Kiel von 40 Prozentpunkten, in Köln, Halle (Saale) und Schwerin von 45 Prozentpunkten und in Hamburg und Berlin von fast 60 Prozentpunkten zu beobachten.

Große Unterschiede innerhalb der Städte zeigen sich auch, wenn die Verteilung der Personen mit nicht deutscher Staatsangehörigkeit betrachtet wird. Hier unterschieden sich die Stadtteile mit dem niedrigsten und dem höchsten Ausländeranteil in Kiel um gut 35 Prozentpunkte, in Essen und Halle (Saale) um 45 Prozentpunkte, in Duisburg, Dortmund und Stuttgart um rund 55 Prozentpunkte, in Berlin um 60 Prozentpunkte und in Hamburg um 70 Prozentpunkte. Auf Kreisebene betrug die Differenz bei diesem Indikator im Jahr 2020 nur knapp 35 Prozentpunkte. Im Erzgebirgskreis lag der Ausländeranteil bei rund 2 % und in der kreisfreien Stadt Offenbach am Main bei fast 37 %. Die soziale und ethnische Polarisierung innerhalb einzelner Städte ist damit zum Teil deutlich größer als zwischen den Kreisen und kreisfreien Städten Deutschlands.

In dem vorliegenden Kapitel soll anhand der Daten der Bundesagentur für Arbeit (BA) die soziale Polarisierung in den 153 größten deutschen Städten dargestellt werden. [► Info 1](#)

7.2.1 Armutssegregation in den deutschen Städten

Um Städte unterschiedlicher Größe und Gestalt miteinander vergleichen zu können, benötigen wir etablierte Indikatoren, die Auskunft über das Ausmaß der Ungleichverteilung zwischen den Städten geben. Eines der am weitesten verbreiteten Maße ist der Dissimilaritätsindex. Er wird in der Stadtforschung auch als Segregationsindex bezeichnet. Der Index mit einem Wertebereich von 0 bis 100 gibt für die Gesamtstadt an, wie ungleich eine soziale Gruppe im Vergleich zum Rest der Bevöl-

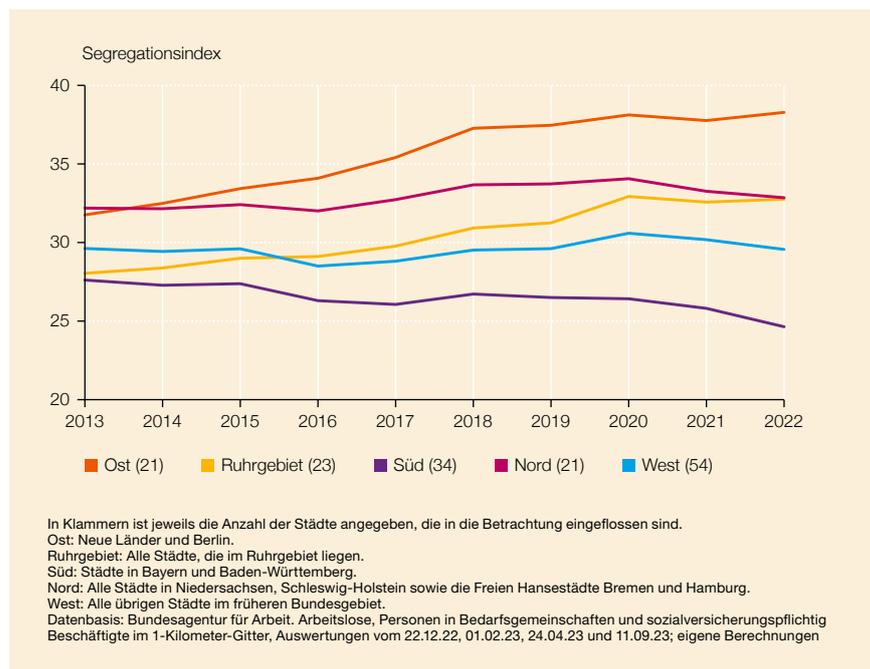
kerung über die statistischen Gebietseinheiten der Stadt verteilt ist. Je höher der Wert ausfällt, desto ausgeprägter ist die Segregation. Der Wert gibt den Anteil einer bestimmten Bevölkerungsgruppe an (zum Beispiel der von Armut betroffenen Personen), der umziehen müsste, um eine Gleichverteilung dieser Gruppe über die Gesamtstadt zu erreichen.

Mit den Daten der Bundesagentur für Arbeit (BA) ist es möglich, die Ungleichverteilung von Personen mit SGB-II-Bezug bezogen auf alle anderen Personen (unter 65 Jahren) abzubilden. Diese Ungleichverteilung lässt sich als Armutssegregation interpretieren. Darüber hinaus können die Anteile von Akademikern und Akademikerinnen bezogen auf alle Erwerbspersonen (als Maßzahl für die Bildungssegregation) sowie von Beziehenden höherer Einkommen (oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze) bezogen auf alle Erwerbspersonen (als Maßzahl für die Einkommensegregation) errechnet werden.

Abbildung 1 zeigt die städtische Armutssegregation in fünf unterschiedlichen Regionen für den Zeitraum von 2013 bis 2022. In den ostdeutschen Städten war die Armutssegregation in diesem Zeitraum am stärksten ausgeprägt und verzeichnete zwischen 2013 und 2018 den größten Zuwachs. Den höchsten Stand erreichte der Segregationsindex im Jahr 2022 in den ostdeutschen Städten: Rund 38 % aller Personen mit SGB-II-Bezug hätten demnach umziehen müssen, um eine Gleichverteilung innerhalb der ostdeutschen Städte zu erreichen. Auch in den Städten des Ruhrgebiets zeigte sich ein starker Anstieg zwischen 2013 und 2020. Die norddeutschen Städte wiesen zwar ebenfalls eine vergleichsweise hohe Armutssegregation auf, verzeichneten aber einen geringeren Anstieg. Für die süddeutschen Städte zeigte sich ein gegenläufiger Trend. Sie wiesen 2022 die geringste Armutssegregation auf. ▶ Abb 1

Ein Grund für die deutliche Zunahme der Armutssegregation in den ost- und norddeutschen Städten sowie den Städten des Ruhrgebiets insbesondere

▶ Abb 1 Entwicklung der Armutssegregation in 153 Städten nach Regionen



▶ Info 1

Datengrundlage

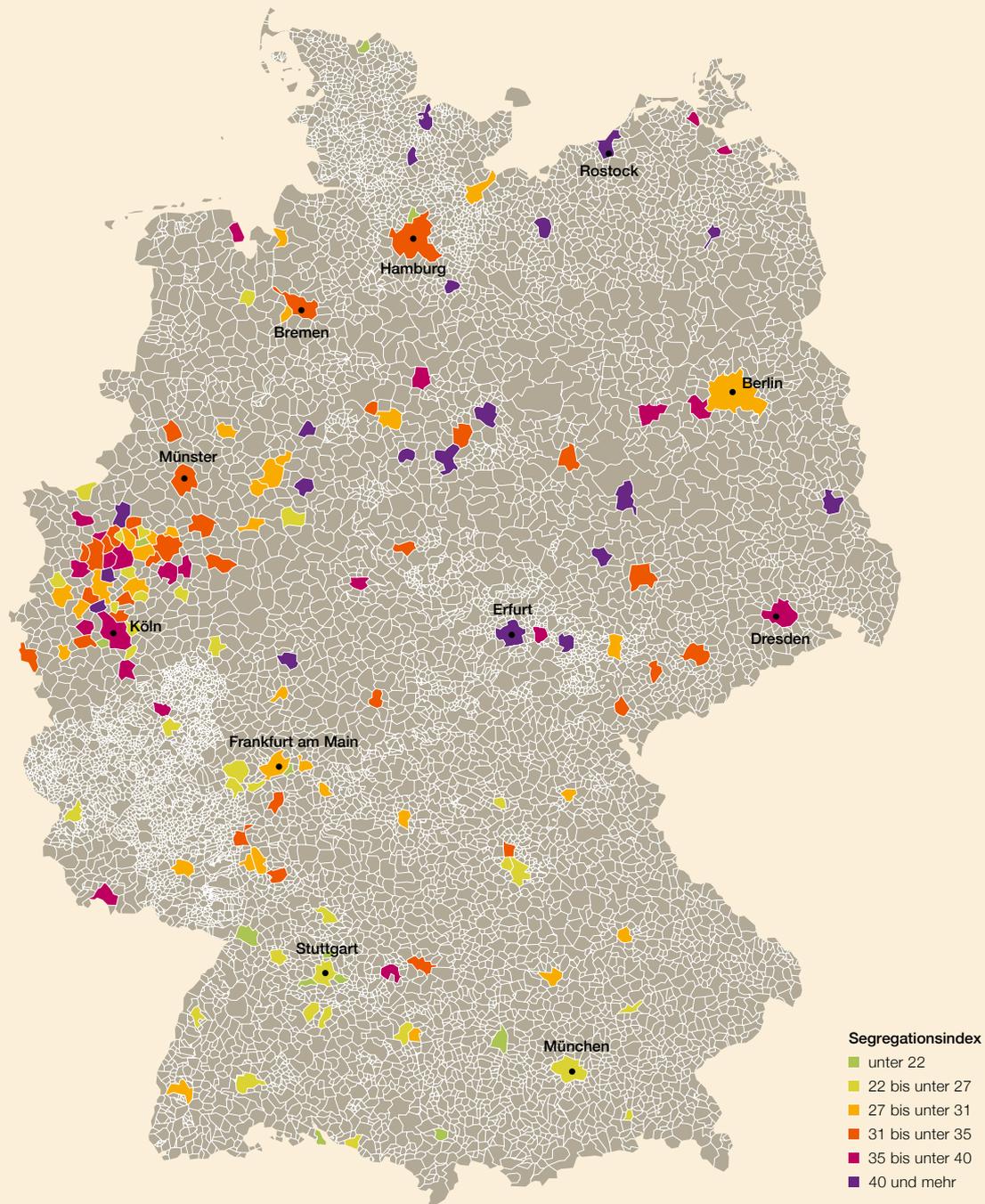
Für die Untersuchung der innerstädtischen Sozialstruktur fehlen öffentlich zugängliche Datenquellen. Das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) sammelt allerdings im Rahmen der sogenannten Innerstädtischen Raumbeobachtung (IRB) seit vielen Jahren Daten zu den größten Städten Deutschlands, die sich durch Daten weiterer Städte ergänzen lassen. Diese müssen bei jeder Stadt einzeln angefragt werden. In der Studie von Marcel Helbig (2023), *Hinter den Fassaden*. Zur Ungleichverteilung von Armut, Reichtum, Bildung und Ethnie in den deutschen Städten. WZB Discussion Paper P 2023-003 (<https://bibliothek.wzb.eu/pdf/2023/p23-003.pdf>), auf der das hier vorliegende Kapitel beruht, wurden Daten für 101 deutsche Städte zusammengetragen. Darin finden sich auch methodische Hinweise sowie ausführliche Ergebnisse.

Die kommunalen Daten bieten eine Vielzahl von Verknüpfungsmöglichkeiten mit Merkmalen aus der Einwohnermeldestatistik und den Daten der Bundesagentur für Arbeit (BA). Eine Schwierigkeit für den Vergleich der Kommunen ergibt sich daraus, dass jede Stadt ihre Stadtteile, statistischen Bezirke oder Quartiere selbst kartografiert. So gibt es Städte, in denen in einem Stadtteil durchschnittlich nur rund 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner leben, während es in anderen über 10 000 sind. Ein präziser Vergleich zwischen den Städten ist daher nicht immer möglich.

Eine weitere Quelle bilden die Daten der BA. Sie wurden für die vorliegenden Auswertungen auf einem einheitlichen Raster von einem Quadratkilometer für die Jahre 2013 bis 2022 zur Verfügung gestellt. Darin enthalten sind Statistiken zu SGB-II-Empfängenden, Arbeitslosen und sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Mit diesen Daten ist es möglich, kleinräumige soziale Ungleichheiten für ganz Deutschland auf Basis eines einheitlichen Gebietsrasters zu vergleichen. Allerdings stellt die BA-Statistik keine Informationen zu Bevölkerungszahlen oder spezifischen Altersgruppen zur Verfügung. Diese Daten können derzeit nur von marktwirtschaftlich orientierten Unternehmen geschätzt werden, um beispielsweise die Bezugsgrößen (etwa: Personen unter 65 Jahre) für die SGB-II-Zahlen zu erhalten und damit kleinräumige Armutsquoten zu berechnen.

Die Armutssegregation wurde in Abbildung 1 und 2 als Anteil der Leistungsempfängenden an allen Personen unter 65 Jahren berechnet. In Abbildung wurde diese für erwerbsfähige Leistungsempfängenden an allen Personen im Alter von 15 bis 64 Jahren berechnet, um sie mit der Bildungs- und Einkommensegregation vergleichen zu können. Die Bildungssegregation bezieht sich auf den Anteil der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten und Arbeitslosen mit einem akademischen Abschluss an allen Erwerbspersonen. Die Einkommensegregation bezieht sich auf den Anteil der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten mit Einkommen oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze an allen Erwerbspersonen.

► Abb 2 Armutssegregation in 153 deutschen Städten 2021



Kartenmaterial: ©BKG 2018, erstellt mit Datawrapper

Datenbasis: Bundesagentur für Arbeit. Arbeitslose, Personen in Bedarfsgemeinschaften und sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im 1-Kilometer-Gitter, Auswertungen vom 22.12.22, 01.02.23, 24.04.23 und 11.09.23; eigene Berechnungen

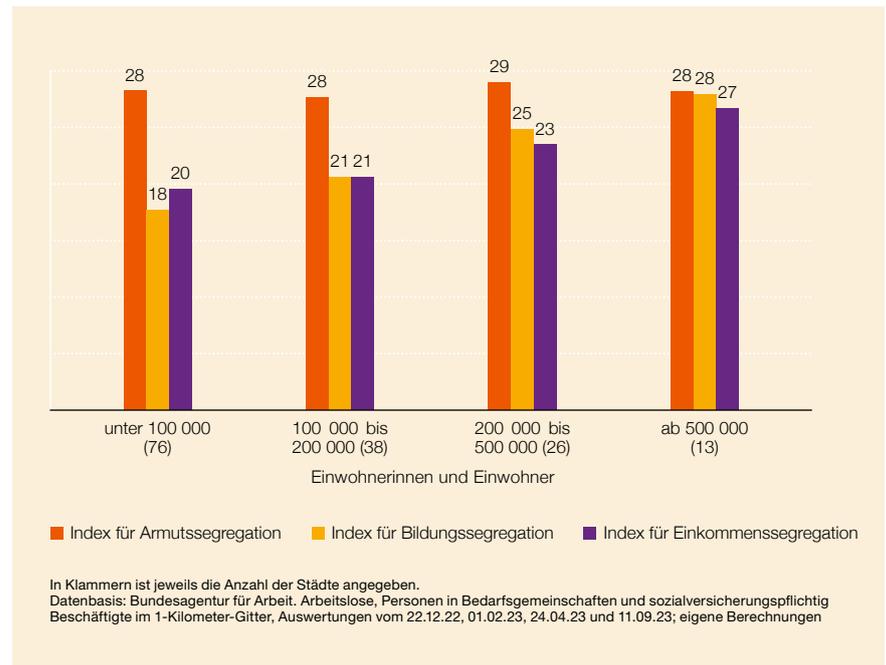
zwischen 2016 und 2018 war die Zuwanderung von Geflüchteten in die ohnehin sozial benachteiligten Quartiere dieser Städte. Da Geflüchtete häufiger auf SGB-II-Leistungen angewiesen waren, kam es zu einer Verschärfung der Armutssegregation. In Süddeutschland gab es dagegen zahlreiche Städte, in denen die Neuzuwanderung in geringerem Maße in sozial benachteiligte Stadtteile erfolgte.

In Abbildung 2 ist das Ausmaß der Armutssegregation in den einzelnen untersuchten Städten dargestellt. Die Unterschiede zwischen den Städten fielen im Jahr 2021 noch größer aus als beim Vergleich der fünf Regionen (siehe Abbildung 1). Unter den Städten mit der höchsten Armutssegregation (mit Werten über 40 %) befanden sich viele ostdeutsche Städte, wie Schwerin, Rostock, Halle (Saale) oder Erfurt, und norddeutsche Städte, wie Kiel oder Salzgitter. Ein sehr niedriges Niveau der Armutssegregation (mit Werten unter 20 %) fand sich vor allem in kleineren süddeutschen Städten, wie Konstanz, Kempten, Sindelfingen oder Ludwigsburg. Interessanterweise zeigt sich kein nennenswerter Zusammenhang zwischen den Armutsquoten einer Stadt und der Armutssegregation innerhalb der jeweiligen Stadt. Ebenso gibt es keinen statistischen Zusammenhang mit der Gemeindegröße. ▶ Abb 2

7.2.2 Bildungs- und Einkommensegregation

Während Städte unterschiedlicher Größe ein ähnliches Niveau der durchschnittlichen Armutssegregation aufwiesen, nahm im Jahr 2021 sowohl die Bildungssegregation (Ungleichverteilung von Akademikern und Akademikerinnen) als auch Einkommensegregation (Ungleichverteilung von Besserverdienenden) mit der Gemeindegröße zu. Die stärkste Bildungs- und Einkommensegregation fand sich in Städten mit mehr als 500 000 Einwohnern und Einwohnerinnen, die geringste in Städten mit weniger als 100 000 Einwohnern und Einwohnerinnen. Bei dieser Betrachtung fällt zudem

▶ Abb 3 Vergleich der Armuts-, Bildungs- und Einkommensegregation nach Gemeindegröße in 153 Städten 2021



auf, dass die räumliche Segregation von Armut mit Ausnahme der Großstädte (ab 500 000 Einwohner und Einwohnerinnen) stärker ausgeprägt war als die Segregation von Bildung und Einkommen. ▶ Abb 3

Die Muster der sozialen Segregation sind in den deutschen Städten unterschiedlich ausgeprägt. In einer größeren Zahl von Städten konzentriert sich die Armut in der Innenstadt, während die höheren Einkommensgruppen eher im Umland zu finden sind. In einigen Metropolen und Universitätsstädten konzentrieren sich in den Innenstädten vor allem Akademiker und Akademikerinnen, zum Teil auch höhere Einkommensgruppen. In den ostdeutschen Städten ist die räumliche Segregation vor allem durch die Lage der Großwohnsiedlungen geprägt. In den Plattenbausiedlungen sind die Armutsquoten hoch, während die Anteile von Akademikern und Akademikerinnen sowie einkommensstarken Gruppen niedrig ausfallen. In den übrigen Quartieren der ostdeutschen Städte ist eher das umgekehrte Bild zu beobachten

(siehe hierzu auch das Kartenmaterial der Wochenzeitung *Die Zeit*: <https://zeit.de/wirtschaft/2023-12/armut-deutschland-verteilung-grossstaedte>).

7.2.3 Ballung von Armut

Bei der Betrachtung der sozialen Segregationsindizes ist zu beachten, dass diese nicht beschreiben, wie hoch der Anteil von Personen einer bestimmten Gruppe in einem Gebiet ist. Auch wenn beispielsweise Erlangen mit einem Wert von rund 32 % (im Jahr 2021) ein relativ hohes Niveau der Armutssegregation aufwies, fiel die Armutsquote selbst in den am stärksten benachteiligten Stadtteilen relativ gering aus, da sie in Erlangen insgesamt sehr niedrig ist. So gab es in Erlangen keinen Stadtteil mit einer Armutsquote von mehr als 25 %. Umgekehrt weist die Stadt Herne mit einem Wert von rund 18 % eine eher geringe Armutssegregation auf. Aufgrund der sehr hohen Armutsquote in Herne lebten dennoch rund 18 % aller Einwohner und Einwohnerinnen in Gebieten mit einer Armutsquote von über 25 %.

Das Zusammentreffen einer hohen Armutssegregation und einer überdurchschnittlichen Armutsquote zeigt sich dagegen beispielsweise in Schwerin (mit einer Armutssegregation von 51 %) oder Halle an der Saale (mit einer Armutssegregation von rund 42 %). Hier lebten rund 21 % (Schwerin) beziehungsweise 25 % (Halle) der Bevölkerung in Quartieren mit einer Armutsquote von über 25 % (vgl. Helbig 2023, 89ff. und 176ff., siehe Info 1). Insbesondere in den ostdeutschen Städten war trotz zunehmender Armutssegregation ein deutlicher Rückgang der Gebiete zu verzeichnen, in denen die Armutsquote besonders hoch war. Dies ist darauf zurückzuführen, dass hier zwar fast überall die Armutsquoten zurückgegangen sind, in den Stadtteilen mit niedrigen Armutsquoten diese aber stärker zurückgegangen sind als in den Stadtteilen mit hohen Armutsquoten.

7.2.4. Armut und Migration

In den vergangenen Jahren zeigt sich ein immer stärkerer Zusammenhang zwischen Armut und dem Anteil von Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit. Mit den kommunalen Daten kann für 93 Städte gezeigt werden, dass sich auf der Ebene der Stadtteile der Zusammenhang zwischen Armut, verstanden als der Anteil der Personen mit Bezügen nach SGB II, und dem Anteil von Ausländern und Ausländerinnen verstärkt hat. Im Ruhrgebiet wies dieser Zusammenhang auf Stadtteilebene im Jahr 2021 eine sehr hohe Korrelation auf (Korrelationskoeffizient von 0,93). Auch in den süd-, west- und norddeutschen Städten fiel die Korrelation (mit Werten zwischen 0,77 und 0,85) hoch aus. Selbst in den ostdeutschen Städten, in denen sich im Jahr 2013 kein ausgeprägter Zusammenhang zwischen den beiden Merkmalen gezeigt hatte, stieg der Korrelationskoeffizient im

Jahr 2021 auf 0,72 an. Insgesamt ist der Anteil der SGB-II-Beziehenden mit ausländischem Pass in den vergangenen Jahren überproportional gestiegen. ▶ Abb 4

7.2.5 Fazit

Nicht nur die Regionen in Deutschland unterscheiden sich deutlich hinsichtlich ihrer Sozialstruktur. Innerhalb der deutschen Städte fallen diese sozialen Unterschiede noch größer aus. Insbesondere in den ostdeutschen Städten und im Ruhrgebiet hat diese soziale Segregation in den vergangenen Jahren zugenommen, während die süddeutschen Städte eher sozial homogener geworden sind. Die Zunahme der Armutssegregation steht im Zusammenhang mit der Zuwanderung ärmerer Menschen aus anderen Ländern, oft mit Fluchthintergrund. Diese haben sich im Osten, im Ruhrgebiet und in einigen norddeutschen Städten vor allem in den ohnehin sozial benachteiligten Gebieten niedergelassen. Inwieweit die soziale Segregation in deutschen Städten die Lebenschancen der städtischen Bevölkerung beeinflusst, ist kaum untersucht worden. Durch die Verknüpfung der hier verwendeten Daten mit Befragungsdaten aus dem Nationalen Bildungspanel oder dem Sozio-oekonomischen Panel lassen sich hier in Zukunft neue Erkenntnisse gewinnen.

▶ Abb 4 Zusammenhang zwischen SGB-II-Quote und Ausländeranteil auf Stadtteilebene in 93 deutschen Städten nach Regionen

